

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scherr.
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Börsenstraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechspaltige Kolonnenzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Zum Jubiläum der Generalkommission

Der Fall des Sozialistengesetzes im Jahre 1890 brachte den deutschen Arbeitern wieder so viel Bewegungsfreiheit, daß sie an den Wiederaufbau oder die Umformung ihrer gewerkschaftlichen Organisationen denken konnten. Was das Sozialistengesetz bezweckte und wie es von der Staatsgewalt zur Unterdrückung jeder freien Regung benützt wurde, das ist bereits in Nr. 39 der Metallarbeiter-Zeitung dargelegt worden. Auch ist dort schon angedeutet, welchen Aufschwung seit dieser Zeit die Gewerkschaftsbewegung genommen und welche Fortschritte sie errungen hat. In die Zeit kurz nach Aufhebung des schmerzlichen Gesetzes fiel nun die Gründung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Unmittelbar angeregt wurde sie von den fünf Vertrauensmännern der Metallarbeiter Deutschlands (Segis, Breder, Goldbach, Schwarz, Rehger), die von einem Metallarbeiterkongress in Weimar Ende Mai 1890 mit der Vertretung der deutschen Metallarbeiter betraut worden waren. Veranlaßt wurden diese Vertrauensmänner zu ihrer Anregung durch die monatelange Aussperrung, die das Hamburg-Altonaer Unternehmertum infolge der ersten Raiserfeier im Jahre 1890 über zahlreiche Arbeiter, darunter die Schlosser und die Werftarbeiter, verhängt hatte. Das Unternehmertum forderte dabei auch den Austritt aus der Organisation. Der Metallarbeiterkongress in Weimar faßte dazu den Beschluß, daß er den Ausschluß der Hamburger Schlosser und Werftarbeiter für eine widerrechtliche Vergewaltigung, eine neue Sklaverei erkläre und die Hamburger Kollegen mit allen Mitteln zu unterstützen bitte „durch Ausbringung von Mittelstücken zur Organisierung eines tatkräftigen Widerstandes, Fernhaltung jeden Zugangs, möglichste Vermeidung von Streiks in allen übrigen Städten Deutschlands während der Dauer des Ausstandes in Hamburg.“

In einem Aufrufe an die deutschen Metallarbeiter aller Branchen in Nr. 32 der Deutschen Metallarbeiter-Zeitung vom 9. August 1890 berichteten die Vertrauensmänner, daß trotz des Weimarer Beschlusses Streiks unternommen oder in nächster Zeit in Aussicht gestellt worden seien. Sie hätten aber nun beschloffen: die ganzen Kräfte auf Hamburg zu vereinigen, alle Mittel dafür zu verwenden, keinen Angriffstreik mehr zu unterstützen, bevor der Kampf in Hamburg beendet, vor jedem Angriffstreik zu warnen, für Abwehrstreiks nur einzutreten, wenn es sich ebenfalls um Angriffe auf das Koalitionsrecht handle, die schwebenden Streiks so schnell wie möglich zu beenden, davor zu warnen, irgendwelchen Mitteilungen über die Hamburger Verhältnisse Glauben zu schenken, die nicht von den Unterzeichneten herrühren.

Die Vertrauensmänner der Metallarbeiter ließen es jedoch nicht dabei bewenden. In der Nr. 33 der Deutschen Metallarbeiter-Zeitung vom 16. August 1890 erließen sie einen Aufruf: „An die Vorstände, resp. Zentralkommissionen, Vertrauensmänner und sonstigen Leiter sämtlicher Gewerkschaften Deutschlands.“ In diesem Aufrufe wurde zunächst auf den Zusammenschluß des Unternehmertums in lokalen und zentralisierten Verbänden verwiesen, die die Bekämpfung und Vernichtung des Koalitionsrechts der Arbeiter bezweckten. Deshalb hätten die Vertrauensmänner in einer Zusammenkunft die Frage erörtert: „Wie können die Arbeiter diesen Unternehmertumsaktionen am wirksamsten entgegenzutreten?“ Sie unterbreiteten nun den resp. Gewerkschaftsvorständen die Fragen: „1. Ob es nicht dringend notwendig sei, demnächst eine Konferenz sämtlicher Gewerkschaftsorganisationen einzuberufen? 2. Diese Konferenz mit dem in der Woche vom 12. Oktober in Halle a. S. stattfindenden Parteitag der sozialdemokratischen Partei zu verbinden?“ Zur Begründung der Frage 1 wurde ausgeführt: „Daß wir zu diesem vorläufigen Ergebnis gelangt sind, ist dadurch erklärlich, daß wir uns sagten, eine wirksame Verteidigung gegen die Angriffe des prohugen Unternehmertums wird nur durch ein einmütiges Handeln sämtlicher in Gewerkschaften organisierten deutschen Arbeiter möglich sein. Die Metallarbeiter vermögen dies ebenso wenig allein, wie eine andere alleinstehende Gewerkschaft und wäre dieselbe noch so vortrefflich organisiert. Dafür gelten uns zunächst die zurzeit noch nicht beendigten Kämpfe der gesamten Unternehmerschaft gegen die Arbeiter in Hamburg als zutreffendes Beispiel.“

Dieser Aufruf fand lebhaften Widerhall bei den Gewerkschaften. Es wurde aber vereinbart, die Konferenz erst am 16. November 1890 nach Berlin einzuberufen. Voran die Vertrauensmänner der Metallarbeiter abhielten, das hat Martin Segis in Nr. 35 der Deutschen Metallarbeiter-Zeitung vom 30. August 1890 in einem Aufsatz: „Eine andere Form für unsere gewerkschaftlichen Organisationen?“ näher dargelegt. Er sagte da unter anderem:

„Keine der bestehenden Gewerkschaften, sei sie nun zentralisiert oder durch Vertrauensmänner vertreten, kann behaupten, daß sie in ihrer jetzigen Gestalt den Verhältnissen gewachsen ist, daß sie ihren Mitgliedern im Notfalle ausreichende Hilfe sichern kann. . . Die Zentralisierung der einzelnen Spezialgewerbe und -Branchen genügt nicht mehr, um dem vereinigten Kapital die Spitze zu bieten, ja nicht einmal die Zentralisierung der Arbeiter der einzelnen Industrien wird in gewissen Fällen ausreichen, um den erforderlichen Widerstand zu leisten. Es muß eine Form gefunden werden, welche es ermöglicht, im Notfalle alle Mittel, welche von den Gewerkschaften aufgebracht werden können, möglichst schnell zur Verfügung zu stellen, es muß eine Einrichtung getroffen werden, durch welche unzeitgemäße Streiks verhindert werden können. . . Die Interessen der deutschen Arbeiter können dauernd nur gewahrt werden, wenn wir alle zusammenfassen, um dem vereinigten Unternehmertum die organisierte Arbeiterschaft von ganz Deutschland entgegenzustellen. Nicht in einem allgemeinen Mitschmerz soll dieses geschehen, sondern je nach den örtlichen Bedürfnissen, gegliedert nach Berufen müssen wir organisieren, und uns im Notfalle gegenseitig den Rücken decken. Die Vertrauensmänner denken sich die Organisation in der Weise, daß für die Metallindustrie, die Holzindustrie, das Baugewerbe, die Textilindustrie, die Papier- und Buchdruckindustrie, die Transportindustrie, Papier-

industrie u. je eine über ganz Deutschland zentralisierte Organisation ins Leben gerufen wird, und diese Organisationen durch Kartellverträge sich gegenseitig verpflichten, unter bestimmten Voraussetzungen einander finanziell zu unterstützen. Daß eine solche Vereinigung eine Macht bilden würde, die der Koalition der Unternehmer gemachener wäre, bedarf keiner weiteren Beweisführung. Den Metallarbeitern zum Beispiel müßte es ein Leichtes sein, in kurzer Zeit 40000 bis 50000 Berufsgenossen in ihrer Organisation zusammenzubringen. Dasselbe ist bei den Holzarbeitern, Bauhandwerkern u. der Fall. Schon der moralische Eindruck eines derartigen Zusammenschlusses würde das Gefühl der allgemeinen Unsicherheit, welches infolge der vielen Niederlagen der Arbeiter Platz zu greifen beginnt, mit einem Schlag beseitigen. Und die Unternehmer würden sich zweimal bedenken, gegen solche Organisationen so übermütig vorzugehen, wie es jetzt häufig der Fall ist. Eine einheitliche Leistung der gesamten Gewerkschaftsbewegung wäre dadurch ermöglicht. . .“

Diese Ausführungen von Segis enthalten die Grundsätze, um die sich die Beratungen zunächst auf der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände am 16. und 17. November 1890 in Berlin drehten. Die Konferenz war besetzt von 74 Delegierten, darunter 9 Frauen. Nach gründlicher Aussprache wurde eine Kommission zur Ausarbeitung einer Resolution gewählt, in deren Namen dann Klopß (Holzarbeiter) Bericht erstattete. Nach der vorgelegenen und einstimmig angenommenen Resolution erklärte sich die Konferenz für die zentralistische Organisationsform und empfahl den Lokalvereinen, sich der Zentralisation anzuschließen. Die zentralisierten Gewerkschaften sollten nach Bekanntheit der in Vorbereitung befindlichen Gewerbeordnungs-Novelle zu einem allgemeinen Gewerkschaftskongress zusammentreten, um Regeln für ein Zusammenwirken dieser Organisationen aufzustellen.

Die Vorlagen für den Kongress sollten von einer von der Konferenz zu wählenden siebenköpfigen Kommission ausgearbeitet werden. Dieser Kommission wurde weiter der Auftrag erteilt, allen Angriffen der Unternehmer auf das Organisationsrecht der Arbeiter, gleichviel welcher Branche, energisch entgegenzutreten. Ferner wurde die Kommission beauftragt, für Organisierung der wirtschaftlich zu schwach gestellten Arbeiter einzutreten und deren Organisationen tatkräftig zu unterstützen, sowie die Agitation zur Verbreitung der Organisation in den noch unorganisierten Landesteilen zu leiten. Die für die Tätigkeit der Kommission notwendigen Mittel, besonders die zur Unterstützung der Abwehrstreiks, sollten durch Beiträge der Gewerkschaften, je nach Maßgabe der Mitgliederzahl, aufgebracht werden. Das Aufbringen dieser Gelder blieb den einzelnen Gewerkschaften überlassen.

Zu Mitgliedern der Kommission wählte die Konferenz: v. Elm-Hamburg (Zigarrenfabrikant); Damman-Hamburg (Wauere); Legien-Hamburg (Drechsler); Klopß-Stuttgart (Zischler); Glöckner-Berlin (Zischler); Schwarz-Bübeck (Formner) und Frau Jhrer-Welten. Die Kommission trat zusammen am 18. November 1890 als „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ mit dem Sitze in Hamburg und wählte Karl Legien zu ihrem Vorsitzenden. Die Generalkommission ging mit großem Eifer an ihre Arbeit. Es zeigte sich aber gar bald, daß man ihr mit der Unterstützung von Streiks eine schwierige Aufgabe zugemutet hatte. Es fehlte an Mitteln, die zahlreichen Unterstützungsversuche zu befruchtigen. Die Kommission mußte daher zu Sammlungen aufordern und sogar zu Darlehen greifen, was ihr später große Vorwürfe eintrug. Eine von ihr veranstaltete Erhebung über die Ausbreitung der Gewerkschaften ergab, daß die Zahl der Mitglieder nicht so groß war, wie zuerst angenommen wurde. Es bestanden im Jahre 1891 63 Zentralvereine mit 227738 Mitgliedern und 5 Vertrauensmännerzentralisationen mit 73467 Mitgliedern ferner waren in Lokalvereinen ungefähr 50000 Mitglieder vorhanden. Die Wochenbeiträge der Organisationen waren mit Ausnahme bei den Buchdruckern und den Futtmachern sehr niedrig. Vom Januar 1891 an gab die Generalkommission dann das Korrespondenzblatt heraus. Am 26. April 1891 veröffentlichte sie darin einen Organisationsplan. Sie empfahl als die Grundlage der gesamten Gewerkschaftsorganisation den Zentralverein der einzelnen Berufe. Die Zentralvereine (Verbände) der verschiedenen Berufe (Bauarbeiter, Holzarbeiter, Metallarbeiter) sollten sich verbinden unter einheitlicher und aus Vorstandsmitgliedern sämtlicher dabei in Betracht kommenden Berufsorganisationen bestehender Leitung zu Gruppenorganisationen, sogenannten Unionen. Zur Durchführung einer Verbindung der einzelnen Unionen untereinander sollte die Generalkommission dienen. Dieser Organisationsplan stieß auf heftigen Widerstand. Es bekämpften ihn die Lokallisten, die „prinzipielle“ Gegner jeder Zentralisation zu sein vorgaben. Die meisten Anhänger der Berufszentralisation wollten von den Unionen nichts wissen; zu diesen zählten auch die Anhänger der Industrieverbände. Wenn er besonders heftig von uns Metallarbeitern bekämpft wurde, so lag das auch darin, daß gerade zur Zeit seiner Veröffentlichung die Vorarbeiten für den Frankfurter Metallarbeiterkongress im Gang waren, auf dem dann der Deutsche Metallarbeiter-Verband als erster Industrieverband gegründet wurde. Der Organisationsplan wurde jedoch trotz aller Einwände gegen seine Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit von einer Konferenz der Gewerkschaftsleiter am 7. und 8. September 1891 in Halberstadt angenommen und dem Halberstädter Gewerkschaftskongress (14. bis 18. März 1892) zur Annahme unterbreitet. Dieser Kongress war von 208 Delegierten besucht, die 303519 Arbeiter vertraten. Seine Verhandlungen drehten sich in der Hauptsache um die Form der Organisation und die zukünftigen Aufgaben der Generalkommission. Die Gegensätze plähten heftig aufeinander. Bei der Abstimmung über die vorgelegten Resolutionen wurde die der Holzarbeiter, zu deren Gunsten die der Metallarbeiter zurückgezogen wurde, mit 148 gegen 97 Stimmen bei 11 Stimmenthaltungen angenommen. Durch diesen Beschluß, der anerkannte, daß in all denjenigen Berufsgruppen, wo die Verhältnisse den Industrieverband zu lassen, dieser vorzuziehen ist“ . . . war der Industrieverband

neben den Berufsverbänden und den Unionen grundsätzlich anerkannt. Der Kongress überdies der Generalkommission die vorherigen Aufgaben, bestimmte, daß an sie 5/3 Vierteljahresbeitrag für jedes Gewerkschaftsmitglied zu leisten seien, entzog ihr jedoch das Recht der Streikunterstützung, empfahl den Gewerkschaften, um selbst leistungsfähig zu werden, hohe Beiträge. Auch gab der Kongress den Gewerkschaften eine Zentrale für internationale An gelegenheiten.

Soweit die eigentliche Vorgeschichte der Generalkommission der Gewerkschaften, auf die wir hier deswegen etwas näher eingehen, weil die Metallarbeiter darin eine Hauptrolle spielten.

Die Wirksamkeit der Generalkommission in der nächsten Zeit stieß auf mancherlei Hindernisse; vor allem wurde ihre Tätigkeit, wie die der Gewerkschaften, gelähmt durch die jahrelange Wirtschaftskrise. Es mangelte deshalb an sichtbaren Erfolgen. Die Unzufriedenheit darüber war groß, sie verhielt sich bis zum Kongress 1896 in Berlin sogar zu Anträgen der Metallarbeiter auf Aufhebung der Generalkommission. Deren Annahme wäre zweifellos ein großer Fehler gewesen, sie kamen jedoch nicht zur Entscheidung, da die Antragsteller erklärten, nicht Gegner eines Gewerkschaftsbundes zu sein. Auch Nebenlungen mit der sozialdemokratischen Partei erschwerten die Tätigkeit der Generalkommission, auf die wir aber hier nicht eingehen wollen. —

Die Stellung der Generalkommission ist heute fest begründet. Sie hat ihren nicht zu gering zu bemessenden Teil dazu beigetragen, die deutsche Gewerkschaftsbewegung auch innerlich auf die Stufe zu bringen, die sie heute einnimmt. Sie hat dem der Gewerkschaftsbewegung so nötigen Einheitsgedanken vom Durchbruch verholten. Zwar setzte sie nicht alle ihre zweifellos gutgemeinten Absichten durch, so nicht ihren Lieblingsgedanken des Zentralstreikfonds, allein ihr Tätigkeitsgebiet ist im Laufe der Zeit so umfangreich geworden, daß sie dadurch den Gewerkschaften die wertvollsten Dienste leistet. Dies zu dem Gedächtnis des 25jährigen Bestehens der Generalkommission auszusprechen, ist uns eine Herzenspflicht und wir sind überzeugt, daß wir damit auch die Bestimmungen aller unserer Kollegen zum Ausdruck bringen.

Von der Generalkommission der Gewerkschaften unzertrennlich ist Karl Legien. An ihrem Gedächtnis blickt er auf die 25jährige Tätigkeit als ihr Vorstehender zurück. Wir sind nicht gewöhnt, jemandem Schmeicheleien zu sagen, auch Legien selbst ist kein Freund davon. Aber das hindert uns nicht auszusprechen, daß Legien in diesen 25 Jahren mit unbeugsamem Mute und großem Fleiß für unsere Sache gewirkt und daß ihm dafür reichlicher Dank gebührt. Wir entbieten ihm zu seinem Ehrentage die herzlichsten Glückwünsche.

Die Generalkommission hat zu ihrem Jubiläum eine schöne Erinnerungsschrift von 185 Seiten Umfang herausgegeben unter der Benennung: „25 Jahre deutscher Gewerkschaftsbewegung 1890 bis 1915. Erinnerungsschrift zum fünfundsingzigjährigen Jubiläum der Begründung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.“ Von Paul Umbreit. — Der Preis der gebundenen Schrift ist im Buchhandel 3 M., für die Gewerkschaftsmitglieder bei Bezug durch ihre Organisation 1,60 M. Wir versehen nicht, unseren Kollegen die Anschaffung der Schrift aufs wärmste zu empfehlen.

Kriegslöhne — 1,34 Mark die Schicht!

Es ist bekannt, daß die Löhne der oberchleisischen Industriearbeiter gegen die der übrigen Bezirke in Deutschland bedeutend zurückstehen. Daß aber Löhne von 1,34 M die Schicht — in der jetzt so teuren Zeit! — in der oberchleisischen Industrie möglich sind, wird wohl unglaublich klingen. Und doch ist es wahr!

Der oberchleisische Industriebezirk hatte den Ausfall der zum Heere eingezogenen Mannschaften durch Einstellung von Arbeitern aus dem besetzten russisch-Polen gedeckt. Auch die Firma Rania & Runge, Maschinenfabrik in Jawodzie, brauchte für ihren Betrieb Formner; sie entsandte einen ihrer Vertreter nach dem besetzten Gebiet, um Formner anzuwerben. Der Herr Vertreter sagte den Leuten, daß sie bei seiner Firma 6 bis 10 M den Tag verdienen könnten. Am 25. September haben eine Anzahl russisch-polnischer Arbeiter bei der Firma die Arbeit aufgenommen. Sie wurden in einem Schlafhaus untergebracht. Zwei von diesen Arbeitern ist es nun aufgefallen, daß ihnen, obwohl sie schon 6 Wochen dort beschäftigt waren, keine Lohnzettel ausgehändigt wurden. Es ist das ein Verfahren, das von der Firma Rania & Runge nicht allein geübt wird. Den Leuten soll es eben nicht möglich sein, ihren Verdienst nachzuprüfen. Wird von einer Seite die Herausgabe von Lohnzetteln verlangt, so entschuldigt man sich damit, daß die Leute noch für Verpflegung Schulden zu beden hätten und in solchen Fällen eine Ausständigung von Lohnzetteln hinfällig sei. Wenn schon solche Begründungen nicht den gefälligen Bestimmungen entsprechen, so dürften Hinweise, daß die Leute noch Schulden zu beden haben, ein besonderes Licht auf die Entlohnung solcher Arbeiter in der oberchleisischen Industrie werfen.

Auf eine Beschwerde der Gedulder A. wegen Nichterhaltungs von Lohnzetteln wurde ihnen ein solcher für September ausgehändigt, dessen Verdienst folgendermaßen lautet:

Rania & Runge, Jawodzie D. S.		
Lohn . . . für September 1915, gezahlt am 16. Oktober 1915		
4 Wochenlöhnen	5,25 M	
Abzüge:		
Beitrag zur Krankenkasse	—,50 M	
Beitrag zur Invalidenversicherung	—,20 M	
Rohgelb	1,60 M	
Untersuchung	1,— M	
Legitimation	2,— M	
Bleibt zu zahlen		0,05 M

Die zur Auszahlung verbleibenden 5 M waren aber im Lohnbeutel nicht enthalten, sondern werden wohl für „Verpflegungsschulden“ einbehalten worden sein. Statt des Verdienstes von 6 bis

10 M wurde den beiden Arbeitern ein solcher von knapp 1,34 M zuteil, jedenfalls eine Leistung, deren sich die Firma Rania & Kunge wohl rühmen kann und die von keinem Wettbewerber so leicht überholt zu werden vermag. Die beiden Arbeiter haben sich aber auch erkundigt, wie es mit ihrer Entlohnung für Monat Oktober aussehen würde. Da dieser Lohnzettel erst am 15. dieses Monats an die Arbeiter ausgehändigt wird, so können wir vorläufig eine nähere Aufstellung nicht geben. Es ist ihnen aber gesagt worden, daß sich der Verdienst für diesen Monat auf ungefähr 52 M belaufe, wogegen die Firma für Verpflegung und andere Ausgaben 75 M zu fordern hätte.

Ob dieses hohen Verdienstes kann man auch russisch-polnischen Arbeitern nicht verdenken, daß sie in einem solchen Betriebe nicht weiterarbeiten. Der Wechsel der Arbeitsstelle dieser Arbeiter ist aber nicht so leicht bewirkt. Er hängt von der behördlichen Genehmigung, wenn nicht von dem Unternehmer selbst ab. Die Arbeiter verlangen ihren Grenzpaß, der ihnen aber von der Firma mit der Begründung verweigert wurde, daß sie noch Schulden haben, die sie abarbeiten müßten. Ohne diesen Paß und ohne eine behördliche Genehmigung des Aufenthaltswechsels ist es den ausländischen Arbeitern unmöglich, eine Beschäftigung auf einem anderen Werke aufzunehmen. Die Erteilung einer solchen Genehmigung zum Wechseln der Arbeitsstelle oder des Wohnortes innerhalb eines Kreisbezirks erfolgt auf schriftlichen Antrag bei den Landratsämtern, was immer durch die nachfolgende Untersuchung eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt. Will der Arbeiter seinen Wohnort oder die Arbeitsstelle in einen anderen Kreisbezirk verlegen, so ist hierzu eine Genehmigung vom General-Kommando (nach vorheriger Anhörung des Unternehmers und der Polizeibehörde) notwendig. Eine Übertragung dieser Arbeiten an die zuständigen Arbeitsnachweise würde dem Schutze der Arbeiter besser dienen, da sie dadurch schneller an andere Arbeitsstellen und möglicher untergebracht werden könnten.

Eine weitere Beschwerde der fremden Arbeiter ist, daß die Gewährung eines Urlaubs zum Besuch der Angehörigen fast ausschließlich von dem Willen des Unternehmers abhängt. Die Grenzpaßbescheine sind in seiner Verwahrung und es ist ihm, wenn der Arbeiter um Urlaub nachsucht, überlassen, ihm diesen zu gewähren und den Paßbeschein auszuhandigen. Gar zu oft kommt es vor, daß dem Unternehmer mißliebige gewordene Arbeiter von der Gewährung eines Urlaubs ausgeschlossen werden. Zweifellos handelt es sich hier um Ausübung eines öffentlichen Amtes, das man den Unternehmern übertragen hat, das aber bei einer Behörde besser ausgeübt wäre. Dem einheimischen Arbeiter droht man bei vorkommenden Streitfragen mit dem Schützengraben, dem ausländischen mit Nichtgewährung des Heimurlaubes.

Es ist nicht zu verkennen, daß die Militärverwaltung, wie die letzte Bekanntmachung des Polizeipräsidiums in Warschau beweist, bestrebt ist, dafür zu sorgen, daß die Löhne der ausländischen Arbeiter auskömmlich sind und ein Herabwachen der Löhne der hiesigen Arbeiter nicht bezwecken sollen. Ferner wurde auch von der Militärverwaltung gewünscht, daß von dem Lohne ein Teil für die Familienangehörigen in Polen sicherstellt werden soll. Durch die Verteuerung der Lebensmittel sind aber auch die Verpflegungskosten gestiegen, sie bewegen sich zwischen 1,50 bis 2,50 M täglich. Wenn aber Löhne wie die geschätzten gezahlt werden, so sind die Vermählungen der Militärverwaltung fruchtlos. Wir geben zu, daß es sich hier um einen Ausnahmefall handelt, aber es gibt Werte, die gelehrten Schloßern auch nur einen Schicksal von 3,50 M zahlen, wovon bei Abzug der Verpflegungskosten recht wenig verbleibt, das zur Unterhaltung der Familienangehörigen dienen könnte. So niedrige Löhne sollten in dieser schweren Zeit bei der Lage der oberstehtischen Industrie selbst hier nicht vorkommen, deshalb sollte von der Behörde für die hiesigen und die ausländischen Arbeiter eingetreten werden.

Das Genossenschaftswesen

[1] Das Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, das vor kurzem erschienen ist, enthält diesmal einen bedeutungsvollen Abschnitt mehr. „Krieg und Konsumgenossenschaft“ lautet das Thema des von Dr. A. Müller behandelten Teils. Wie der Verfasser selbst sagt, kann es sich nicht darum handeln, ein abschließendes Urteil zu fällen — es sind nur die ersten fünf Kriegsmomente behandelt —, sondern erst den Stoff zusammenzutragen, aus dem man nach Beendigung des Krieges die Ergebnisse für das deutsche Konsumvereinswesen feststellen kann. Zusammengefaßt auch die bereits vorhandene „Materialsammlung“ einer lehrreichen Einblick in den genossenschaftlichen Warenverkehr, was zwar um so mehr, als den fünf Kriegsmomente des Jahres 1914 die entsprechenden Monate des Vorjahres vergleichend gegenübergestellt sind. Zu bemerken ist allerdings noch, daß auch der Monat Juli in den Vergleich einbezogen ist, weil bekanntermaßen schon um die Mitte Juli der Warenmarkt wesentlich von den ihre Schätze veranlassenden Ereignissen beeinflusst war. Man hat es also in den nachfolgenden Zahlen je mit der zweiten Jahreshälfte von 1914 und 1913 zu tun.

Nach der durch statistische Erhebungen gewonnenen Uebersicht beträgt der Umsatz im Zentralverband deutscher Konsumvereine im zweiten Halbjahr 1914 222.498.000 M gegen 230.279.000 M in der gleichen Zeit des Vorjahres. Das sind 8219.000 M weniger, was eine ansehnliche Summe ist. Weit stärker ist natürlich der Rückgang zu bemerken, wenn man die gegenüberliegenden Warenartikeln in Betracht zieht und auch die regelmäßige Steigerung des Umsatzes, die fünf festgestellten war, berücksichtigt. Ganzlich betrug das Umsatz mehr im ersten Halbjahr 1914 gegen die gleiche Zeit des Vorjahres nicht weniger als 16.661.375 M. Sicherlich wäre dieses Mehr ohne den Ausschlag des Krieges auch im zweiten Halbjahr erzielt, wahrscheinlich noch überboten worden, da ersichtungsgegenüber der zweite Halbjahresabschluß in den Konsumvereinen immer größere Umsatzzahlen erzielte als der erste.

Im Gegensatz zu dem Rückgang in der Warenverteilung der Konsumvereine hat die Warenherstellung eine ganz ansehnliche Steigerung erfahren. Betrug doch der Gesamtwert der in den eigenen Betrieben hergestellten Waren im zweiten Halbjahr 1914 54.980.328 M gegen 52.690.166 M in der gleichen Zeit des Vorjahres. Das Mehr von 2.290.162 M scheint ganz auf Rechnung der genossenschaftlichen Wärdereien zu kommen, die in den ersten Kriegsjahren neben dem Bedarf der Mitglieder häufig auch den von Militärverwaltungen zu decken hatten. Diese ersichtliche Lageschwäche im Sommer dieses Jahres, die die Budgets der Konsumvereinsführer um 30 bis 50 Prozent einschränkte, ein sehr nachteiliger Anschlag herbeigeführt worden. Die einschneidende die Wirkung der handelsrechtlichen Wärdereiverordnung gerührt hat und noch weiter wirkt, wird natürlich erst nach Beendigung des Krieges festgestellt werden können. Zusammen war jetzt schon darauf zu verzichten, was

* Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. 13. Jahrgang 1915. Herausgegeben im Auftrag des Zentralverbandes des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine von dessen Mitglied Dr. Heinrich Müller. Preis des zweibändigen Werkes 10 M. Hamburg 1915. Druck der Verlagsanstalt „Der Arbeiter“.

aus der Steigerung der Warenherstellung im ersten Kriegshalbjahr keine falschen Schlüsse auf die weitere Entwicklung entstehen zu lassen. Erfreulichweise ist trotz der starken Umsatzminderung ein weiteres Anwachsen der Mitgliederzahlen der Konsumvereine festgestellt worden. Denn der Mitgliederstand der Konsumvereine des Zentralverbandes betrug am 31. Dezember 1914 1.736.659 Familien gegen 1.579.255 im Jahre zuvor. Der Zuwachs von 157.400 Familien verteilt sich gleichmäßig auf das ganze Jahr 1914. Die erfreuliche Tatsache beweist von neuem die Anziehungskraft des Konsumvereinswesens, zugleich aber wirft sie noch einen stärkeren Schatten auf den Rückgang des Umsatzes — bei vermehrter Mitgliederzahl! — und damit auf die während des Krieges gesunkene Kaufkraft der Bevölkerung. Wenn das schon in den ersten fünf Monaten festgestellt werden mußte, so kann man sich denken, was das laufende Geschäftsjahr bringen wird. Verüchtigung verdient hierbei allerdings der Umstand, daß Hunderttausende von Konsumvereinsmitgliedern — Familienväter, Söhne — im Felde stehen und je wenigstens einigermaßen das Sinken des Umsatzes erklären helfen.

Daß aber das deutsche Konsumvereinswesen im allgemeinen auf gutem Grunde steht und auch der Krieg keine Kreuze in das Vertrauen der Mitglieder legen konnte, zeigt nicht nur der Mitgliederzuwachs, sondern auch der Sparassensverkehr der Konsumvereine, für den Dr. Müller den Satz prägt: „Die konsumgenossenschaftlichen Sparerichtungen haben die Feuerprobe bei Kriegsausbruch glänzend bestanden!“ In der Tat ist es so. Die Einzahlungen im Jahre 1914 betragen nämlich 35.794.351 M, die Auszahlungen 29.374.474 M, so daß immer noch ein Einlageüberschuß von über 6 Millionen Mark vorhanden ist, der als der finanzielle Ausdruck des Vertrauens der genossenschaftlichen Sparer zu gelten hat. Naturgemäß war das Bild des Vorjahres ein glänzenderes: 39.785.951 M Einzahlungen, 24.437.473 M Auszahlungen geben einen Einlageüberschuß von über 15 Millionen Mark. Aber man braucht nicht viel Worte zu verlieren, um die Selbstverständlichkeit dieser Entwicklung zu erklären. Und man kann immer noch stolz darauf sein, daß die Sparkassen der Konsumvereine so schön handgehaltenen haben.

Für die geschäftliche Sicherheit der deutschen Konsumvereine sprechen auch deren Leistungen auf Kriegsozialen Gebiet. Von 614 Vereinen wurden für Kriegsoziale Zwecke 1.136.075 M aufgewendet, und zwar entfällt nahezu die Hälfte dieser Summe, nämlich der Betrag von 505.782 M, auf Unterstützungen für die Familien ausmarschierter Angehöriger und Arbeiter, 314.844 M auf Unterstützungen für Mitglieder im allgemeinen und 315.449 M auf Beiträge für gemeinnützige Anstalten (Kreuz usw.). Bei der „Vollstufung“ wurden etwas über 37.000 M an Kriegsversicherungen für Angestellte, Arbeiter und Mitglieder abgeschlossen.

Im ganzen läßt die genossenschaftliche Kriegshilfe Dr. Müllers, die mit einem übersichtlichen Tabellenwert ausgestattet ist, den Eindruck zurück, daß die Konsumvereine dank der inneren Kraft ihres Wesens die Kriegsschwierigkeiten verhältnismäßig gut überdauern und nachher einer um so stärkeren Vorwärtsentwicklung entgegengehen werden, je länger die Hemmung durch den Krieg dauert, die sich im Jahre 1915 wohl stärker fühlbar gemacht haben wird als in den ersten fünf Kriegsmomente.

Ist das Jahrbuch schon um dieses einen Abschnittes willen ein durchaus unentbehrliches Arbeitsmittel für den wirtschaftlichen Kriegshilfsarbeiter, so sind auch die übrigen von Heinrich Kaufmann, Dr. Maier und H. Wäpflin bearbeiteten Teile des genossenschaftlichen Sammelwerks gerade wegen der Zeit, über die sie berichten, ganz dazu geeignet, ihm erhöhte Beachtung besonders in Gewerkschaftskreisen zu verschaffen. Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird nach dem Kriege auch die genossenschaftliche Wirtschaftsprage in erster Reihe der zu behandelnden Gegenstände stehen. Da ist es dann notwendig, daß man nicht nur im ausgefahrenen Gleise derer wandelt, die sich von der Sache „nicht viel versprechen“, sondern auf Grund des in dem Jahrbuch gegebenen Lehr- und Wissensstoffes seine volkswirtschaftlichen Kenntnisse ausweitet. Dazu ist das Jahrbuch ein ausgezeichnetes Hilfsmittel.

Unser Verband in der 65. Kriegswoche

Das Ergebnis unserer Erhebung über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit in der 65. Kriegswoche wird in nachstehender Übersicht dargestellt. Von den Verwaltungstellen Greifswald, Körlin, Rempteln, Bischofswerda, Lobau, Neustadt i. S., Verda, Söttingen, Stralsund, Schönbeck, Stendal, Zangermünde, Schleswig, Meiersen, Erbach, Vörsch, Würzbrunn, Sinsau sind hierzu, trotz wiederholter Mahnung, keine Berichte eingegangen.

Übersicht über die Zeit vom 24. bis 30. Oktober 1915.

Wochentag	Verwaltungstellen haben	Mitgliederzahl am Sonntag vor Woche	Mitgliederzahl am Sonntag dieser Woche	Darvon zum Besten eingezogen	Mitgliederzahl am Sonntag vor Woche	Darvon arbeitslos	In Prozent	Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung
1.	33	6100	59	44	6011	12	0,2	73
2.	24	5521	131	111	5390	13	0,2	130
3.	32	7635	142	94	7496	48	0,6	154
4.	51	37812	823	600	36989	214	0,6	1039
5.	77	30000	380	234	29620	91	0,3	639
6.	41	20985	451	239	20484	56	0,2	420
7.	39	24270	372	220	23898	54	0,2	572
8.	27	11142	183	122	10959	41	0,4	181
9.	50	19020	219	137	18801	1181	6,3	415
10.	41	20758	184	107	20574	331	1,6	1373
11.	1	55851	748	745	55103	339	0,6	1436
Zus.	416	249047	3722	2656	245325	2377	1,0	6432

* Einziges Mitglied der in Laufe der Woche Zugeworbenen und Reingewonnenen. Nach den 416 berichtenden Verwaltungstellen waren in diesen bei Beginn der Berichtswoche zusammen 249047 Mitglieder vorhanden. Davon sind während dieser Zeit 3722 wieder abgegangen. 2656 davon entfallen auf die zum Heeresdienst Eingezogenen, während die übrigen infolge Abreise, Tod oder Austritt abgegangen sind. Somit waren am Schluß der Berichtszeit 245325 Mitglieder in den berichtenden Verwaltungstellen.

In Arbeitslosen waren 277 gemeldet. In der Vorwoche waren es 267. Es ist demnach wieder wie in der Vorwoche schon ein Rückgang von 0,1 Prozent zu verzeichnen und beträgt die Arbeitslosigkeit für die Berichtszeit 1,0 vom Hundert. Da alle Bezirke außer dem elften (Groß-Berlin) wenig oder gar keine Veränderung aufweisen, so entfällt der ganze Rückgang der Arbeitslosigkeit auf den 11. Bezirk, welcher in der Vorwoche noch 0,9 vom Hundert und in dieser vorangegangenen Woche sogar noch 1,3 vom Hundert betragen hat. Es ist demnach die Zahl der Arbeitslosen in Berlin um über die Hälfte während dieser Zeit zurückgegangen.

Die Summe, die in der Berichtswoche für Arbeitslosenunterstützung zur Anschaffung gelangte, betrug 6432 M. Die Zahl der krank Gemeldeten, die in der Berichtswoche 3186 beträgt, hat eine wesentliche Zunahme erfahren, die in der Haupt-sache auf Berlin entfällt, das zum erstenmal über den Stand der Kranken berichtet. Nachstehend geben wir wieder eine zusammenfassende Übersicht über die Ergebnisse der bisherigen Erhebungen.

Berichtswochen	Verwaltungstellen haben	Be-richtet nicht	Be-richtet	Zu- und Ab-nahme	Arbeits-lose	In Prozent	Ausgaben für Arbeits-losenunter-stützung	In Prozent
1.-4. Vom 2. 8. bis 29. 8.	422	30	143349	377756	73895	19,5	1237091	—
5.-8. = 30. 8. = 26. 9.	364	68	15391	251304	50131	14,3	1625079	—
9.-18. = 27. 9. = 31. 10.	433	13	13468	318271	27727	7,9	1193669	—
14.-17. = 1. 11. = 28. 11.	433	13	9350	338472	16793	4,9	454173	—
18.-22. = 29. 11. = 2. 1. 15.	415	30	11091	323565	12763	3,9	295080	—
23.-26. = 3. 1. = 30. 1. 15.	422	20	7117	316822	8318	2,6	153122	—
27.-30. = 31. 1. = 27. 2. 15.	429	14	7818	312208	6581	2,1	106308	—
31.-34. = 28. 2. = 27. 3. 15.	416	25	9013	303496	5200	1,7	75090	—
35.-39. = 28. 3. = 1. 5. 15.	420	20	12003	291526	4593	1,6	79192	—
40.-43. = 2. 5. = 29. 5. 15.	418	22	10119	283104	4028	1,4	47188	—
44.-47. = 30. 5. = 26. 6. 15.	416	23	10306	271619	3728	1,4	45222	—
48.-52. = 27. 6. = 31. 7. 15.	429	14	10510	264677	3414	1,3	51462	—
53.-56. = 1. 8. = 28. 8. 15.	418	18	7952	258792	3464	1,3	41279	—
57.-61. = 29. 8. = 2. 10. 15.	410	24	12040	251099	2997	1,2	44274	—
62. = 3. 10. = 9. 10. 15.	417	17	2226	252209	2940	1,2	8732	—
63. = 10. 10. = 16. 10. 15.	415	19	2683	249859	2888	1,2	6866	—
64. = 17. 10. = 23. 10. 15.	416	18	2974	247529	2827	1,1	7397	—
65. = 24. 10. = 30. 10. 15.	416	18	2656	245325	2377	1,0	6432	—

Der im Monat Oktober erfolgte Zugang von 6346 Mitgliedern setzt sich aus 3392 Aufnahmen, 1547 Zugereisten und 1407 vom Militär Zurückgekehrten zusammen. Diesem steht ein Abgang von 14468 gegenüber, der sich zusammensetzt aus 10541 zum Heere Eingezogenen, 1824 Abgereisten und 2103 Ausgetretenen und Gestorbenen. Es ergibt das einen Verlust für den verfloffenen Monat von 8122 Mitgliedern. Das sind die Woche rund 2000.

Die Gesamtzahl der zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder betrug am Ende der Berichtswoche, soweit sie uns gemeldet wurden, 290062. Das sind 64,3 Prozent des Mitgliederstandes vor Kriegsbeginn.

In Arbeitslosenunterstützung, die während der Kriegsbauer bis einschließlich der Berichtszeit verausgabt wurde, weist die Tabelle 5482666 M nach.

Berichtigung.

In dem Aufsatz über Lohnaufrechnungen zc. in Nummer 46 ist in Absatz 3, Zeile 6 und 7, in dem Klammersatz statt: „über 100, in einzelnen Fällen jährlich Tausende von Mark“ zu lesen: „über 100 Mark in einzelnen Fällen, jährlich Tausende von Mark.“

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 21. November der 48. Wochenbeitrag für die Zeit vom 21. bis 27. November 1915 fällig ist.

Das in der vorhergehenden Woche den Ortsverwaltungen an die Adresse des Bevollmächtigten gesandte Rundschreiben wird vielfach noch mißverstanden, indem die Ortsverwaltungen glauben, sie müßten nun von jeder Markentart bestellen, weil mit dem 1. Januar eine Marke mit einem andern Bild und in anderer Farbe zur Ausgabe gelangen würde. Dem ist nicht so, die bisherigen Markentarten bleiben unverändert auch über den 1. Januar 1916 hinaus bestehen, und nur für die neu eingeführte Zwischenklasse wird eine Marke in anderer Farbe herausgegeben. Es handelt sich also in erster Linie um Feststellung des Bedarfs von diesen und für die andern nur dann, wenn sie aufgebraucht oder nahezu aufgebraucht sind. Ortsverwaltungen, die ihre Bestellarten noch nicht ausgefüllt und eingefandt haben, wollen dies umgehend tun.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungstelle Berlin: Der Metallarbeiter Richard Walthers, geb. am 14. Juli 1873 zu Flursfeldt, Buch-Nr. 679416, wegen Diebstahl, Betrug zc.

Für nicht wieder aufnahmefähig wird erklärt: Auf Antrag der Verwaltungstelle Fürstentum: Der Kleffschmied Fritz Krangel, geb. am 7. November 1885 zu Landsberg a. W., Buch-Nr. 1.686984, wegen unkollegialem Verhalten.

Einzuziehen und an den Vorstand zu senden ist: Buch-Nr. 2.229149, lautend auf den Former Christian Metan, geb. am 8. August 1874 zu Neudorf, eingetreten am 12. Oktober 1913 in Galsfeld. (R.)

Auf die in Nr. 45 der Metallarbeiter-Zeitung enthaltene Bekanntmachung über die Bestellung von zweitem u. s. w. Mitgliedsbüchern machen wir nochmals aufmerksam und ersuchen um deren genaue Beachtung.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rötestraße 16a“ zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rötestraße 16a; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinbart ist. Bei Geldsendungen an örtliche Verwaltungen ist stets der Name des Kassierers oder Bevollmächtigten anzugeben. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Berichte

Metallarbeiter.

Hamburg. In einer Mitgliederversammlung der Metallarbeiter, Feinmechaniker und chirurgischen Branche am 30. Oktober sprach Kollege Koch über „Kriegsbeschädigtenfürsorge und Tarifverträge“. Einleitend gab Werner einen Rückblick auf das verfloffene Kriegsjahr. Als in den ersten Tagen des Monats August 1914 die Kriegsunruhe sich über ganz Europa wälzte, glaubte kein Mensch an eine derartige lange Dauer des Weltkrieges. Wir alle glaubten, daß die technisch so hoch entwickelten Nordwesteuropäer in einigen Monaten schon so viel Opfer an Gut und Blut fordern würden, daß sehr bald ein Waffenstillstand erfolgen müsse. Wir haben uns zwar nicht getäuscht in der Richtung der Nordwesteuropäer, aber enttäuscht wurden wir durch die Lechnil und Taktik neuerlicher Schlachtenführung. Große Opfer hat der Krieg bis jetzt schon gefordert und noch ist ein Ende dieses mörderischen Völkerringens nicht vorzusagen. Seitdem unsere Verwaltungen in Frage kommt, sind bis 1. Oktober d. J. 417 Kollegen als gefallen gemeldet. Es ist bestimmt anzunehmen, daß die Zahl der Gefallenen bedeutend höher ist, aber es werden uns leider nicht

alle Kollegen, die fallen, gemeldet. Es spielen hier auch allerlei Umstände mit; ein großer Teil der Kollegen, die vor Ausbruch des Krieges in Hamburg arbeiteten, wohnten zwar in Hamburg, aber deren Eltern, Verwandte oder Bekannte, die von dem Tode des Gefallenen von der Militärbehörde benachrichtigt wurden, in verschiedenen Gauen Deutschlands, viele von diesen haben auch keine Ahnung, daß der Sohn, Bruder, Schwager Mitglied unserer Organisation war. Von den 447 Kollegen, die bis jetzt als gefallen gemeldet sind, waren 262 verheiratet, 185 ledig. Die Kinderzahl der 262 verheirateten Kollegen beträgt 493, davon sind 473 unter 14 Jahren. Von den 185 ledigen Kollegen waren 9 Ernährer ihrer Eltern usw. mit einer Personenzahl von 34. Danach haben, soweit die Meldungen an uns in Betracht kommen, bis zum 1. Oktober d. J. 789 Angehörige unserer gefallenen Kollegen den Ernährer verloren, einschließlich der 262 Frauen. Die Organisationszugehörigkeit dieser 447 gefallenen Kollegen betrug 3179 Jahre, die Zugehörigkeit des einzelnen im Durchschnitt 7 Jahre. Aber nicht nur Opfer an Toten fordert dieses graufige Völkerringen, sondern auch Opfer an Verwundeten und Verjämerten. Schmerzlich vermessen wir jeden unserer Arbeitsbrüder, die früher mit uns Schulter an Schulter für den kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse kämpften. Große Sorge bereitet uns aber das Geschick der Kollegen, die durch das nördliche Vei verjämert wurden. Wir wollen anerkennen, daß man sich von Reich und Einzelstaaten Hilfe gibt, das Los der Kriegsbeschädigten zu erleichtern. Ob aber mit den bis jetzt getroffenen Maßnahmen und Maßnahmen den Kriegsbeschädigten vollauf gebient sein wird, wage er, Redner, zu bezweifeln. Auch hier in Hamburg haben wir einen Landesausschuß für Kriegsbeschädigte, der — und das wollen wir auch dankend anerkennen — sich die erdenklichste Mühe gibt, das Los der Kriegsbeschädigten zu erleichtern, indem er Einmühen- und Schwerhörigen- und Sehverletzten eingerichtet hat zu dem Zwecke, möglichst viele Kriegsverletzte ihrem alten Beruf wieder zuzuführen. Um dieses zu bewerkstelligen, hat man sich mit den einzelnen Arbeitnachweisern in Verbindung gesetzt und in einer gemeinsamen Sitzung unter dem Vorsitz von Senator Dr. Goldhufen die Angelegenheit dahingehend besprochen, daß alles geschehen müßte, den Kriegsverletzten Arbeit zu verschaffen. Wir haben in dieser Sitzung erklärt, daß wir in dem gemeinsamen Bestreben, den im Kriege zu Schaden gekommenen zu helfen, mitarbeiten wollen und wir haben es besonders begrüßt, daß man nichts unversucht läßt, die Kriegsbeschädigten wieder in Arbeit zu bringen. Bei diesem allein darf es aber nicht bleiben, sondern es muß dafür gesorgt werden, daß auch die Lohn- und Arbeitsbedingungen mit geregelt werden, damit der Kriegsbeschädigte, der an und für sich um sein Fortkommen schwer zu kämpfen hat, nicht auch noch zum besonderen Ausbeutungsgegenstand der einzelnen Unternehmer wird. Die Erklärung, die hieraus von den Unternehmern erfolgte, gibt uns aber allen Anlaß, nicht allzu hoffnungsvoll zu sein und zu glauben, daß für die „volle Kompottschüssel“ der Kriegsbeschädigten gesorgt sein wird. Bestärkt in unserer Auffassung wurden wir noch dadurch, daß einer der anwesenden Professoren erklärte: Zwei, drei Jahre nach dem Kriege, wenn der Patriotismus abgeflaut ist, wird man sich nicht mehr um Kriegsbeschädigte kümmern. Dieser Anspruch gibt uns Anlaß, alles einzusehen, um unsere Kriegsbeschädigten Kollegen zu schützen. Wir sind uns bewußt, daß das eine schwierige Aufgabe sein wird. Am ersten können wir für unsere Kriegsbeschädigten Kollegen wirken bei den Industriezweigen, mit denen wir im Tarifverhältnis stehen. Da in den bis jetzt abgeschlossenen Tarifen die Frage der Lohn- und Arbeitsbedingungen Kriegsverletzter nicht vorgesehen ist, so ist es notwendig, darüber eine paritätische Kommission entscheiden zu lassen. Der Kommission muß auch das Recht eingeräumt werden, den Kriegsbeschädigten bei der Arbeit zu beobachten. Diese Beobachtung muß sich auf alle Arbeitsstellen der Kriegsbeschädigten erstrecken. Dies ist notwendig, damit kein Unternehmer die Kriegsbeschädigten benachteiligen kann. Es haben sich auch einige Tarifbeteiligte mit der Maßnahme einverstanden erklärt, es ist zu wünschen, daß noch mehr folgen. Denn, so schön der Redner seine Ausführungen, wir alle, die zurückgeblieben sind, schulden denen, die draußen jede Sekunde dem Tode geweiht oder der Gefahr ausgeht sind, Glückwünsche zu verlieren, tausendfachen Dank. — In der Aussprache äußerten sich alle Redner im Sinne des Vortragenden. Die Organisationsleitung wurde beauftragt, auch in der feinmechanischen und chirurgischen Branche die einleitenden Schritte in dieser Frage zu unternehmen. — Beim Punkt Betriebsangelegenheiten wies Kollege Thormann darauf hin, daß man jetzt in allen Industriezweigen die Frauarbeit einführt, auch in unserer Branche. Unsere Aufgabe ist es deshalb, auch die Frauen und Mädchen der Organisation zuzuführen, um zu verhindern, daß die weiblichen Arbeitskräfte als Lohndrücker ausgespielt werden.

Schläger.

Fürth. Wandlungen im Schlägergewerbe. Eines der bemerkenswertesten Gewerbe der hiesigen Industrie ist zweifellos das Schlägergewerbe, dessen Vorsehen viele Jahrhunderte zurückreicht. Hier soll aber nur der technische Fortschritt in der Metallverarbeitung berührt werden, der in letzter Zeit alle früheren Vorurteile spielend überwunden hat. Heute noch nicht will es der auf seinen Verfall stütz gewesene Schläger fassen, daß seine ihm unerschöpflich scheinende Arbeitskraft von der Maschine ebenso verdrängt werden wie dies bei einer Reihe anderer Handberufe geschehen ist. Dieser unbesiegbare Glaube stütze sich vornehmlich darauf, daß die Abnutzung des teuren Arbeitsmittels (Formen) durch die Maschine allzurasch erfolge und die Güte der Handarbeit von der Maschine nie erreicht werden könne. Durch die Tatsachen wurde dieser Wahn graufam zerstört. Nicht nur Großbetriebe, sondern viele kleine Betriebe haben sich in den letzten Jahren vom Handbetrieb dem Maschinenbetrieb zugewandt. Sehr oft hört man statt des gleichmäßigen Tschischlagers der Gämmer, die von der Hand geführt wurden, das gehörfelnde Schlagen der Federhämmer, das man früher nur in den Zainerien und den Bronze- stampfwerken vernahm. Wohl ist es richtig: die Güte des von den Handgeschlägereien hergestellten Erzeugnisses wurde von der Maschine noch nicht voll erreicht, daß es später noch dahin kommen wird, läßt sich bei der Ueberwindung aller anderen Schwierigkeiten kaum mehr in Zweifel ziehen. Es ist das aber im allgemeinen zunächst gar nicht notwendig, die Verufe der Bergolbereien, Bronzegehäufte, Buchbindereien, Goldpapiergeschäfte usw. haben sich eben der Billigkeit des Erzeugnisses zugewandt und sie fanden dies in den mechanischen Schlägerereien in geringem Maße vor. So kam es, daß die Handgeschlägereien immer mehr in den Hintergrund traten und die Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich auf diesem Beruf schlecht und recht ernährten, sich anderen Berufen anpassen oder den eifernen Wettbewerber, den Federhammer bedienen. Richtig ist weiter: die Technik hatte lange Zeit schwer zu ringen, bis sie sich im Schlägergewerbe ihre heulige Stellung erzwang. Schon im vorigen Jahrhundert wurden von Finanzleuten Versuche mit Maschinenbetrieb gemacht, die aber nicht zum Erfolg, wohl aber zum Verlust großer Summen führten. Besonders eine Nürnbergerg Schlägerfirma hat sich nach dieser Richtung hin bemüht. Auch in Fürth hat sich eine größere Firma diesen Versuchen angeschlossen, doch sie mißlang, und das Versuchsgerät befindet sich noch in irgend einer Kumpfkammer als altes Eisen. Mit dem neuen Jahrhundert traten verbesserte maschinelle Einrichtungen hervor, doch die Möglichkeit des Maschinenbetriebs war noch sehr zweifelhaft wegen des Formstoffes. Es galt nun für die Technik, dahin zu wirken, daß an Stelle der teuren Goufformen, von denen das Stück 180 bis 200 M kostete, eine weit billigere Form gefunden wurde. Einer namentlich zum Großbetrieb ausgehenden hiesigen Firma gelang es, ein geeignetes Verfahren ausfindig zu machen: wenn der Maschinenbetrieb in den Goldschlägereien nicht noch größeren Umfang angenommen hat, so ist es nur dem Umstand zuzuschreiben, daß diese Firma sich ihre Erfindung auf lange Jahre durch Patent gesichert hat. Diese bei jener Firma in vorläufigem Weiteinsatz befindlichen Goufformen unterscheiden sich ganz bedeutend im Preise von den Goufformen, da sie kaum so viele Mark kosten, wie die Goufformen Hunderte von Mark gekostet haben. Bei gleicher Plattezahl (1100 bis 1200 Stück die Form) schlägt aber die Maschine (zwei Gämmer, die ein einziger Arbeiter bedient) durchschnittlich 80 bis 100 Formen, während der Handgeschläger nur 22

bis 24 Formen zustande bringt. Die Löhne halten sich bei den Arbeitern der beiden Erzeugungsarten auf gleicher Höhe. Zu bemerken ist auch noch, daß bei dem Maschinenbetrieb das Pressen (Erzeugungsvorgang) der Formen von einem besonderen Arbeiter besorgt wird, während der Handarbeiter dies selber besorgen muß. Aber es liegt auf der Hand, daß der Maschinenbetrieb heute weit vorteilhafter und billiger arbeiten kann als der Handbetrieb. Die Maschine beherrscht auf diesem Gebiete den Arbeitsmarkt, das ist das Ergebnis jahrzehntelanger Kämpfe zwischen der menschlichen Arbeitskraft und der Technik. Nicht nur Blattmetall verarbeitet die Maschine, sondern auch Aluminium und sogar feinere Metallarten, wie Silber, wurden schon mit Erfolg hergestellt. Die Zeiten ändern sich und mit ihr auch die Menschen. Dieses Sprichwort kann auch im Schlägerberufe mit Recht angewandt werden. Längst sind jene „Freiheiten“, die dem Handberuf früher eigneten, durch den Fortschritt der Zeit eingedämmt worden. Der Schläger ist im Gewerbe eine weniger gesuchte Persönlichkeit geworden als dazumal, viele Arbeiter mußten die fabrikmäßige Pünktlichkeit und Ordnung in Kauf nehmen, die sich nicht hatten träumen lassen. Letzten Endes nicht zu ihrem Schanden. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen konnten gerade dadurch in den Fabrikbetrieben wie in den Werkstätten um so eher von der Organisation geregelt werden. Mühte dem Fortschritt manche Mühe- stunde geopfert werden, so kam doch das finanzielle Meinerträgnis dieses Opfers der Familie zugute. Zum Schluß aber sei es gesagt: Die Wandlungen im Schlägergewerbe scheinen noch nicht erschöpft zu sein. Infolge des Arbeitermangels, hervorgerufen durch den Krieg, sind an Stelle der Männer an die mechanischen Hämmer eine große Anzahl Frauen getreten, die zu ihrer Bedienung abgerichtet werden. Eine geeignete Arbeitskraft ist die der Frau an dieser gefährlichen und gesundheitsgefährlichen Stelle gerade nicht, ob sie nach dem Kriege aber der männlichen Arbeitskraft wieder weicht, wird von besonderen Umständen abhängen.

Rundschau

Kriegsabschlüsse.

Krupp. Durch den Krieg sind die Kruppwerke naturgemäß bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen, entsprechend gestalten sich ihre Gewinnerhältnisse. So erzielten sie für 1914/15 86,44 Millionen Mark Reingewinn gegen 33,90 Millionen Mark im Vorjahr. Bei dieser Steigerung des Reinerträgnisses um über 50 Millionen Mark wäre eine Verdoppelung der vorjährigen Dividende von 12 Prozent möglich gewesen, es gelang jedoch auch diesmal die gleiche Dividende zur Verteilung. Einschließlich des Vortrages ergibt sich für 1914/15 ein Gewinn von 95,85 Millionen gegen 40,83 Millionen Mark für 1913/14.

Von dem Reingewinn fallen 5 Prozent = 4.323.281 M (im Vorjahr 1.695.211 M) der gesetzlichen Rücklage zu. Die Sonderrücklage wird um 3 Millionen Mark (im Vorjahr 2 Millionen) vergrößert und für besondere Abschreibungen und Erneuerungen werden weitere 5 Millionen Mark (im Vorjahr 0) bereitgestellt. Ferner werden aus dem Gewinn von 1914/15 zur Verteilung der Kriegsbeihilfen im laufenden Jahre 5 Millionen Mark und zum Bau größerer Arbeiterwohnungen für kinderreiche Familien 5 Mill. Mark zur Verfügung gestellt sowie an außerordentlichen Zuwendungen für Zwecke der Pensionskassen und der Invalidenversicherung je 3 Millionen Mark, zusammen also 6 Millionen Mark, bewilligt; endlich werden für etwaige aus dem Kriege sich ergebende Anforderungen und Schäden 10 Millionen Mark zurückgestellt. (Im Vorjahr wurden der Arbeiterpensionskasse 1 Million Mark und dem Arbeiterurlaubsfonds 2 Millionen Mark überwiesen, ferner für Kriegsbeihilfen und dergleichen 3 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.) Nach Abzug dieser Beiträge, der Beiträge des Aufsichtsrats und bei Einstellung eines der vorjährigen Höhe etwa gleichkommenden Vortrags auf neue Rechnung von rund 10 Millionen Mark verbleibt ein Gewinnbetrag von 47,4 Millionen Mark.

Nach den bisherigen geschäftlichen Gepllogenheiten von Krupp hätte, wie schon bemerkt, das finanzielle Ergebnis eine Dividende in Höhe von 24 Prozent gestattet. Aber die Familie Krupp will nach den Erklärungen der Verwaltung in diesem Kriegsjahr keine höhere Dividende als vor dem Kriege beziehen und überweist den die vorjährige Dividende übersteigenden Betrag der Kriegsfürsorge für die Allgemeinheit. Im Anschluß an die „Nationalkassette“ für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen“ wird aus dem überschüssigen Betrag von 23,7 Millionen Mark eine der Allgemeinheit dienende Kruppstiftung errichtet, die besonders zugunsten von kinderreichen Familien gefallener oder schwer beschädigter Krieger dienen und mit einem Kapital von 20 Millionen Mark ausgestattet werden soll, während der Reibetrag von 3,7 Millionen Mark sonstigen Zwecken der allgemeinen Kriegsfürsorge, namentlich der Förderung der deutschen Ostmark zugewandt wird. Ferner wurden neuerdings in Betracht der Zeitverhältnisse größere Mittel für besondere Zuwendungen an die Beamten und Arbeiter bereitgestellt. Aus den laufenden Mitteln des Jahres 1915/16 ist zu diesem Zweck ein außerordentlicher Betrag von 12 Millionen Mark bestimmt worden, von dem ein Teil schon verausgabt ist, ein anderer Teil demnächst zur Auszahlung gelangen wird. An der Dividende nimmt diesmal ein Kapital von 215 Millionen gegen 180 Millionen Mark im Vorjahr teil, von der im vergangenen Jahre beschlossenen Kapitalserhöhung um 70 Millionen Mark war die eine Hälfte zur Einzahlung gelangt, angekündigt wird nunmehr auch die Einforderung der zweiten 35 Millionen Mark, da infolge der umfangreichen Neubauten und Erweiterungen der Werksanlagen die weitere Erhöhung des Geschäftskapitals notwendig sei.

Welchen Umfang die Steigerung der Erzeugung im verfloffenen Jahre erreicht hat, geht aus der Mitteilung der Verwaltung hervor, daß die Ablieferungen für deutsche Rechnung 1914/15 fast den 2/3fachen Betrag des entsprechenden Gesamtumsatzes (In- und Ausland) im Vorjahr erreicht haben.

Zum Ablauf der Klemperverträge im Jahre 1916.

Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung veröffentlichte in ihrer Nr. 44 einen Auschnitt aus der in Berlin erscheinenden Klemper- und Installateur-Zeitung, der folgendermaßen lautet:

Am 1. April 1916 laufen die meisten Tarife im Bauhandwerk ab. Im Bauklempergewerbe ist man jetzt längerer Zeit bemüht gewesen, die Tarife auf die gleiche Zeitdauer wie im Bauhandwerk abzuschließen. Schon vor dem Kriege wurde das Jahr 1916 für ein Jahr größerer Tarifkämpfe angesehen. Durch den Krieg aber und nach dem Kriege wird diese Angelegenheit nicht besser, sondern schlimmer werden, und zwar durch den jedenfalls eintretenden Arbeitermangel. Von seiten der Gewerkschaften wird denn auch bereits auf diesen neuen Kämpfen gerichtet. Die Arbeitgeber seien deshalb daran erinnert, daß nach dem Kriege eine strikte und zielbewusste Organisation mehr denn je vonnöten sein wird. Wir wollen uns nicht verhehlen, daß wir nach Beendigung des Krieges nicht in die rege Fröhdlichkeit eines geliebten Friedens springen werden, sondern es wird eine Zeit voll Kämpfe und Schwierigkeiten sein.

Gerade nach dem Kriege wird es mehr denn je notwendig sein, daß bereits vorher familiäre Klemperbetriebe sich in ihrem Arbeitgeberverband vereinigt haben, um die Interessen des Klemperhandwerks in zweckmäßiger Weise nach jeder Richtung hin vertreten zu können. Der Zusammenschluß der Klempermeister in Arbeitgeberverbänden hat ja in den letzten Jahren recht erfreuliche Fortschritte gemacht, insofern ist das leider immer noch nicht in dem Maße der Fall, wie die Übung und Kräftigung des Klemperhandwerks dies notwendig erscheinen läßt. In vielen Orten besteht weder eine Innung, noch ein Arbeitgeberverband, trotzdem gerade dort die Beförderung der wirtschaftlichen Lage des Klemperhandwerks dringend notwendig wäre.

Dazu bemerkt die Arbeitgeber-Zeitung: „Was hier vom Klempergewerbe gesagt wird, gilt natürlich in ähnlicher Weise für viele andere Zweige des Handwerks und der Industrie.“

Wenn die Arbeiterpresse da an die Ermahnung knüpft, daß auch die Arbeiter sich schon auf die nach dem Kriege entbrennenden Kämpfe vorbereiten sollen, so ist das richtig und gut gemeint. Soweit unsere Kollegen vom Klemperberuf in Frage kommen, bedarf es dieser Ermahnung jedoch kaum, denn die passen schon auf, wenn ihre Verträge ablaufen.

Felix Weinberg gestorben.

Der knappe Raum der Metallarbeiter-Zeitung erlaubt uns nur in seltenen Ausnahmefällen, einem gestorbenen Kollegen einen besonderen Nachruf zu widmen. In diesem Falle tun wir es, weil der „Leine-Felix“ fast jedem Verbandsmitglied bekannt wurde, das aus irgend einem Grunde das Berliner Verbandshaus besuchte. Jeder hatte diesen fleißigen, freundlichen und gefälligen Kollegen gern. Seit zwei Jahrzehnten ist Felix Weinberg in der Metallarbeiterbewegung Berlins tätig gewesen. Seine Arbeit war die eines „Mächchens für alles“. Alle möglichen Gänge, Lauzettelverteiler, Flugblätterverteiler usw. wurden von ihm gewissenhaft und pünktlich erledigt, und wer ihm die Ausführung dieser Arbeiten übertrug, konnte sicher sein, daß der Auftrag pünktlich ausgeführt wurde. Die Verteilung von Zehntausenden von Flugblättern in einer Stunde wurde von ihm aufs genaueste eingerichtet und wenn diese Zeit verteilt werden mußten, unter Zuziehung einer Anzahl von Arbeitlosen, denen er genaue Anweisung gab, wie sie ihre Arbeiten zu erledigen hatten. Abends bis 8, 9, 10 Uhr tätig sein und dann wieder früh um 5 Uhr auf seinem Posten, galt für den Vorbereiter als etwas Selbstverständliches. Auch in der Partei hat Felix Weinberg nach Kräften mitgearbeitet. Die Parteigenossen im 6. Berliner Wahlkreis sind darüber einer Meinung. Genäß, Felix Weinberg war kein geistiger Führer. Er war aber einer derjenigen, die zeitlebens das der Bewegung gegeben haben, was sie hatten. Am ruht unser Felix aus von unermüdblicher Arbeit. Ein dauerndes Andenken ist ihm in den Kreisen der organisierten Arbeiter, besonders der Metallindustrie sicher. U. E.

Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung gegen die internationale Gewerkschafts-Solidarität.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben: Es ist bekannt, daß die in Berlin erscheinende Arbeitgeber-Zeitung bis heute geblieben ist, was sie war, wie sie auch bleiben wird, was sie ist. Sie hat während der Kriegszeit der Arbeiterbewegung nicht das geringste Zugeständnis gemacht, andererseits aber von dieser eine vollständige Wandlung verlangt und ihre Anpassung an den „Burgfrieden“ als eine Selbstverständlichkeit hingenommen, über die man gar nicht redet. Dabei hat dieses Unternehmernblatt immer wieder von der organisierten Arbeiterkraft das völlige Abrennen des Sozialismus und den vollständigen Bruch aller internationalen proletarischen Beziehungen verlangt. Dafür empfahl es der organisierten Arbeiterkraft die „Wirtschafts-friedlichen“, mit denen sie auf alle Selbstbestimmung und Selbständigkeit, auf alles Vorwärts und Aufwärts verzichten und in einer sich unterordnenden Harmonie mit den Unternehmern ihr Ideal und ihre Verwirklichung erblicken soll. Ein heiteres Ansehen an selbstbewusste, selbständige, mit starkem Willen und festem Ziel ausgestattete Arbeiter, die Männer, aber keine geistlossten großen Kinder sein wollen.

Was in dieser Beziehung die Schriftleitung des berühmten Zeiters v. Reizwitz in Berlin nicht selbst leisten kann, das bringt sie noch durch Einfluß aus dem Ausland auf. Aus der neutralen Schweiz brachte das Blatt in Nr. 41 einen Artikel über „Die Neutralität der schweizerischen Sozialdemokratie“, in dem nicht nur Unzufriedenheit mit der Ablehnung des deutschen Imperialismus durch die schweizerische sozialdemokratische Presse ausgedrückt, sondern auch die deutschen Gewerkschaften gegen die schweizerischen Gewerkschaften aufgebracht werden. Zunächst ist dabei zu bemerken, daß der Verfasser des Artikels, wahrscheinlich ein Unternehmernjournalist in Zürich, verschweigt, daß die schweizerische Arbeiterpresse jeden Imperialismus ablehnt und bekämpft, also auch den französischen, englischen, russischen usw. und nicht nur den deutschen. Der kapitalistische Imperialismus verschuldet den ertäglichen Weltkrieg und die Arbeiterpresse eines neutralen Landes würde eine Unterlassungshandlung begehen, wenn sie die bestehende Pressefreiheit unbenutzt läßt und nicht auszusprechen würde, was ist. Um das Wohlwollen der Arbeiter der Arbeitgeber-Zeitung und ihres Züricher Mitarbeiters muß sich dabei die schweizerische Arbeiterpresse nicht in mindesten kümmern, das ist ihr völlig gleichgültig. Ihre Kritik kann nur besagen, daß diese auf dem rechten Wege ist, denn das Los der Arbeitgeber-Zeitung wäre für Arbeiterpresse und Arbeiterbewegung eine höchst peinliche Sache, die sie zur strengsten Selbstprüfung und Selbstkritik veranlassen müßte. Welcher Reaktionär der Züricher ist, behandelte er durch seinen Vorwurf an die Zeitung der schweizerischen sozialdemokratischen Partei, daß sie nur aus Halb- und Viertelgebildeten besteht, ein unzüchtiger

Vorwurf, der übrigens nicht einmal zutreffend ist, da unter elf Mitgliedern vier Akademiker und Lehrer sind. Aber er geht dann noch weiter und beurteilt auch die Demokratie in Staat und Gemeinde, weil sie auch einfache und intelligente Volksgenossen in leitende und amliche Stellen bringt. Er erteilt Deutschland einen Bärenbissen, daß er es als das gerade Gegenteil vom demokratischen Gemeinwesen hinstellt. Und zum Schluß wendet sich der antidemokratische Liebermann in der demokratischen Schweizerrepublik gegen die internationale gewerkschaftliche Solidarität mit der Verheerung der deutschen Arbeiterschaft, indem er schreibt: „Die deutschen Sozialdemokraten, vorab die Gewerkschaftler, werden gut daran tun, die ihnen in diesem Kriege widerfahrenen Demütigung, internationaler Brüderlichkeit von Seiten ihrer schweizerischen Genossen sorgfältig in ihrem Gedächtnis zu bewahren und ihr künftiges Verhalten danach einzurichten. Sie werden es sich dann vielleicht zweimal überlegen, bevor sie einem ausländischen „Brüderverbande“ auf eine papierene Sicherheit hin wieder ein Darlehen von 500 000 Francs gewähren, wie es im Frühling 1914 der Deutsche Metallarbeiter-Verband dem schweizerischen Uhrmacherverbande zur Finanzierung des völlig ausrichtlosen Grenzstreiks gegeben hat.“ Mit dieser Geh- und Vergiftungsarbeit wird der schlaue Unternehmerrichter freilich nicht den geringsten Erfolg haben. Sind doch gerade zwischen den deutschen und schweizerischen Gewerkschaften immer die freundschaftlichsten Beziehungen gepflegt worden und wissen doch jener die Arbeiter diesseits wie jenseits des Rheins, wie notwendig und unentbehrlich die gewerkschaftliche Internationale ist und sein wird, wenn nur erst einmal die Internationale der Unternehmer sich wieder voll betätigt.

Vom Ausland

Schweiz.

Arbeiterbesprechung. Der Schweizerische Spenglermeister- und Installateur-Verband will jetzt, ebenso wie es schon andere schweizerische Unternehmerverbände getan haben, eine Auskunftsstelle über die Arbeiter einrichten. Am 28. September verbandte der Vorstand an die Mitglieder ein Rundschreiben, in dem der Zweck und die Einrichtung einer solchen erläutert wird. Die Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung druckt es in ihrer Nr. 45 ab. Der Zweck wird folgendermaßen gekennzeichnet: „1. Eine der Hauptfragen, die es je und je mit der Arbeiterschaft zu regeln gilt, das ist die Lohnfrage. Soll dieselbe nunmehr eine einseitige, vor allem im Interesse der Arbeiterschaft liegende Behandlung erfahren, so ist es notwendig, daß die Vertreter unserer Meisterschaft bei bezüglichen Verhandlungen sich auf ein zuverlässiges statistisches Material stützen können, das sie befähigt, den Argumenten der Vertreter der anderen Partei mit stichhaltigen Gründen nötigenfalls entgegenzutreten zu können.“

2. Es ist eine altbekannte Tatsache, daß die beträchtliche Steigerung der Lohnansprüche in den letzten Jahren nicht zum geringsten Teil darauf zurückzuführen ist, daß der Meister, der einen Arbeiter einstellt, in den wenigsten Fällen Anhaltspunkte dafür hat, wie hoch der betreffende Arbeiter in seiner vorherigen Stellung entlohnt war, und daher meist zur Bewährung von Lohnansprüchen gelangt, die über die vom betreffenden Arbeiter in seiner alten Stellung bezogenen hinausgehen. Diese leidige Tatsache, die auf die Gestaltung der Lohnverhältnisse von größerem Einfluß ist, als mancher glaubt, rührt daher, daß bisher eine zentrale Ausschüßstelle gefehlt hat, bei der sich der einzelne Meister in einem solchen Falle hätte erkundigen können. Diesem Mangel will und wird unsere Lohnkontrolle abhelfen, indem es den Mitgliedern inständiglich möglich sein wird, sich beim Sekretariat über die Lohnverhältnisse des einzelnen Arbeiters zu erkundigen, soweit derselbe wenigstens vorher bei einem Verbandsmeister an einem der angegebenen Orte tätig war.“

3. Noch ein Drittes wird die Lohn- und Arbeiterkontrolle mit sich bringen, nämlich ohne besondere Spezifikation eine Ausschcheidung derjenigen Elemente unter der Arbeiterschaft, deren Einstellung man sich gerne überlegt.“

Welcher Art diese „Elemente“ sind, ist wohl nicht nötig zu erläutern. Damit ist die Zahl der Aufgabenden jedoch nicht erschöpft, denn das Rundschreiben fährt unmittelbar darauf wörtlich fort:

„Bedenkt man, daß eine derartige Lohn- und Arbeiterkontrolle unsern Verband in einem allfälligen Konfliktfall außerdem sofort in den Stand setzen würde, zuverlässige Arbeiterlisten zu veröffentlichen, so wird jedem Mitglied der Wert und Nutzen einer derartigen Kontrolle so offensichtlich sein, daß wir weitere Worte darüber nicht zu verlieren brauchen.“

Anderswo sagt man „Schwarze Listen“ dazu. Nach einem Beschluß des Vorstands sollte die „Lohn- und Arbeiterkontrolle“ am 1. Oktober an folgenden Orten in Kraft treten: Aarau, Arbon, Arolo, Baden, Basel, Bern, Biel und Umgebungen, Cham-de-Fonds, Chur, Davos, Gené, Glarus, Herlisau, Interlaken, Langnau, Neuchâtel, Locle, Luzern, Montreux, Nensbühl, Olten, Orschach, Samedan, Schaffhausen, Solothurn, St. Gallen, St. Moritz, Thun, Vevey, Winterthur und Umgebungen, Zug und Zürich. Ausgenommen davon sind die an diesen Orten domiziliierten reinen Fabrikationsgewerkschaften. Die Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung fügt die für die Arbeiter nötigen Erläuterungen hinzu und kommt zu folgendem Schluß: „Die neue Einrichtung des Schweizerischen Spenglermeister- und Installateur-Verbandes magnt zum Vorhinein. Sie ist dazu bestimmt, die Position der Meister für den Zeitpunkt des Ablaufes des Landesvertrages zu sichern. Unsere Spengler werden gut tun, die nötige Stützpunktabklärung daraus zu ziehen, das heißt, nichts zu veräumen, um die Organisation allerorten kräftig auszubauen; dann können sie der Entwicklung der Dinge ruhig entgegengehen.“

Frankreich.

Das französische Gewerkschaftswesen ist durch den Krieg so ziemlich vollständig lahmgelegt. Die Einberufungen zum Wehrdienst nahmen schon von Kriegsbeginn an den Organisationen die besten Kräfte. Die Beziehungen der Ortsvereine zu dem Hauptstift der Verbände gingen verloren und konnten bis jetzt auch nur da und dort wieder angeknüpft werden. Und man kann ruhig sagen, daß ein eigenartiges Organisationsleben nicht mehr vorhanden ist. Dies trifft auch für den französischen Metallarbeiterverband zu. Ob dies allein nur in den Wirkungen des Krieges oder vielleicht auch in der losen Organisationsform der französischen Gewerkschaften seinen Grund hat, braucht hier nicht entschieden zu werden. Bisherig ist jedoch zu gleichen Teilen davon gesprochen. Der Krieg nahm allen Ortsvereinen viele Mitglieder, er brachte in den ersten Monaten für die zurückbleibenden Arbeitslosigkeit, und diese konnte durch den französischen Metallarbeiterverband nur in ganz unzureichender Weise gemildert werden. Arbeitslosenunterstützung konnten nur die der Arbeitslosigkeit angefallenen Mitglieder erhalten und dies war vor dem Kriege nur ein Mittel der gesamten Mitgliedschaft, etwa 3000 von den 24000 Mitgliedern des Verbandes. Die Hilfsaktionen, die man zur Sicherung der größten Not hier und dort aus allgemeinen Sammlungen unternehmen, und die zuerst in gemeinsamen Arbeitsstätten für die Arbeitslosen und ihre Familien bestanden, waren nur ein ganz unzureichendes Mittel, um den zurückgebliebenen die Organisation als wertvoll und notwendig erscheinen zu lassen. Dies gab ihnen keine Beiträge mehr. Und wohl auch aus diesem Grunde hätte eine große Anzahl von Ortsvereinen keine Beiträge mehr an die Hauptkasse abgeben können. Die solidarische Organisationsweise war durch den Krieg gänzlich zerfallen und konnte nurmehr überhaupt nicht mehr helfen. Sogar die monatliche Beitragszahlung, die doch ein Hindernis für die nicht zum Wehrdienst gelangten Mitglieder hätte sein können, konnte aus diesem Grunde nicht mehr erfolgen. Sie ist während der bisherigen Kriegsbauer nur einmal erschienen, und zwar als Sonderzahlung am 1. Mai 1915.

Der französische Metallarbeiterverband magt also eine schwere Zeit durch. Gegen das Munitionsgesetz mit seiner Zwangsarbeit für die französischen Metallarbeiter hat er protestiert, aber nichts erreicht. Bei der Durchführung des sogenannten Dürresgesetzes hat die Regierung trotz der Unpopulär, Einhalt und Gewalt in

ihrem Schoße die gewerkschaftliche Organisation der französischen Metallarbeiter einfach beiseite geschoben, so daß sich diese veranlagt sah, ihre Mitglieder aufzufordern, sich nicht an der Komödie der amtlichen Kommissionen zu beteiligen. In der Humanität vom 1. November 1915 legte die Verbandsleitung von neuem Verwahrung ein gegen die Aufbruchfassung der Arbeiterschutzvorschriften in der Kriegsindustrie und gegen die niedrigen Löhne. Die bürgerliche Presse veröffentlicht jetzt von Zeit zu Zeit Artikel über die Tätigkeit in den Waffen- und Munitionsfabriken mit unruhigen Angaben über die Arbeitsverhältnisse. So hatte zum Beispiel Le Petit Parisien über Montluçon einen Artikel veröffentlicht mit dem Hinweis, daß die dortigen Metallarbeiter bei Stücksarbeit 4 bis 5,60 *M* den Tag verdienten. Dies entspricht nun durchaus nicht der Wahrheit. Nach einem Schreiben des Ortsvereins der Metallarbeiter von Montluçon betragen die mittleren Verdienste 3,60 bis 3,90 *M* den Tag. Nur ganz wenige verdienen bis zu 5,60 *M*, aber dafür gibt es sehr viele, die nur 2,80, 3 und 3,20 *M* verdienen. Daß diese Löhne der Munitionsarbeiter bei der immer mehr zunehmenden Teuerung einfach ungenügend sind, versteht sich wohl von selbst. Die Verbandsleitung protestiert deshalb gegen die irreführenden Zahlen der bürgerlichen Presse, die nur gegeben werden, um die öffentliche Meinung irrezuführen, und sie von den hohen Gewinnen der Unternehmer abzulenken. Trotz der feierlichen Versprechungen des Munitionsministers auf Zahlung der ortsüblichen Löhne, Ausübung der Lohnlisten usw. mehren sich die Klagen über ungenügende Entlohnung, Aufbruchfassung der Arbeiterschutzgesetze und den militärischen Zwang in der Privatindustrie. Unsere französischen Kollegen werden wohl gar nichts von dem Einstuß verspüren, den ihnen der sozialistische Minister auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen verspricht. Bis jetzt haben nur die Unternehmer Vorteile. Ihnen brachte die Militarisation der Kriegsindustrie sichere Einnahmen, einen festen Arbeiterstamm, der durch Militärgesetze an den Betrieb gefesselt ist, und dadurch die Möglichkeit, Löhne zu zahlen, die mit der jetzigen Verteuerung der Lebensmittel in keinem Verhältnis stehen.

Die Bataille Syndicaliste eingegangen. In ihrer Ausgabe vom 23. Oktober kündigte der Verwaltungsrat der Bataille Syndicaliste (Gewerkschaftskampf) an, daß sie mit diesem Tage ihr Erscheinen einstellt. Als Ursache wird der ständige Mangel an Mitteln angegeben. Wenn hieran etwas zu verwundern ist, dann ist es nicht das Verschwinden des Tagesblattes des französischen Syndikalismus, sondern daß es überhaupt so lange bestehen konnte. Die Geringfügigkeit des Opfermutes der französischen Arbeiterschaft für ihre Presse ist mangelhaft bekannt; er ist noch viel geringer, als im Ausland bekannt ist. Selbst in bewegten Zeiten zieht sie es vor, ihre Kenntnis aus bürgerlichen Blättern jumeist gemeinsamen Schlags zu schöpfen und diesen ihre Großen hinzuzufügen. So erinnern wir uns, wie zur Zeit des Generalstreiks für den Achtstunden Tag (1906) die Werksratskollegen bis auf einige Ausnahmen nur Revolverblätter, den Matin und den Petit Parisien, lasen, und wir anderen, die die Humanität hatten, als nicht genügend revolutionär, als „reformistisch“, jedenfalls als rückständig betrachtet wurden. Mit einer derart beschränkten Arbeiterschaft läßt sich ein Arbeiterblatt natürlich nicht halten. Die paar Tausend Leser, die die Bataille Syndicaliste hat, genügen nicht für die zweifelhafte Ausgabe. Es ist nur der Urerhebung einiger Gewerkschaften, besonders den Bauarbeitern, zu verdanken, daß sie sich vierundeinhalb Jahre recht und schlecht, jumeist schlecht, durchschlagen konnte.

Vom Standpunkt des sozialistischen Gewerkschafters gesehen, ist durch das Eingehen des Blattes nicht viel verloren. Eine klare Stellung zur Gewerkschaftsbewegung hat es nicht genommen. Seine Haltung schwankte zwischen kleinbürgerlich-proletarischer Klassenpolitik und verkommenem Anarchismus. In Mitteln und Ziel allenthalben Konfusion mit einem jumeist jarten Ethos sozialistischer Feindseligkeit. Die grundsätzliche Halblosigkeit läßt sich mit der ungenügenden Durchbildung der französischen Arbeiterklasse erklären, aber nicht entschuldigen. Immerhin muß gesagt werden, daß die Bataille Syndicaliste mit allen ihren schweren Mängeln seit Kriegsausbruch noch das einzige uns zu Gesicht gekommene Arbeiterblatt Frankreichs war, worin sich nicht auf jeder Seite ein unentraglicher Rechtsradikalismus breitmachte. Durch ihre Stellungnahme zum Kriege, durch ihre Ansicht über dessen Ursachen, wie durch ihr Streben nach Frieden nach sie recht angenehm von sozialistischen Zeitungen von der Art der Humanität und der Guerre Sociale ab. Sie brachte doch wenigstens hier und da einen Aufsch, der bezeugte, daß Schriftleitung und Mitarbeiterstab nicht gänzlich aus „kriegstollen Weibern“ zusammengesetzt waren.

Wie eine in ihrer letzten Nummer enthaltene Erklärung besagt, soll die Bataille Syndicaliste nach dem Kriege wieder erscheinen. In der Zwischenzeit soll an ihrer Statt ein anderes Blatt, La Bataille, treten. Dieses erscheint vom 3. November an täglich. F. K.

Großbritannien.

Die Internationale Metallarbeiter-Rundschau berichtet in ihrer Nr. 10:

Dem Wochenbericht Nr. 163 der Internationalen Transportarbeiter-Federation entnehmen wir die nachfolgenden Auslassungen: In der Justice vom 17. Juni, dem Organ der britischen sozialdemokratischen Partei, schreibt Quail jun., der auch Redakteur des Federationist ist, Organ der General Federation of Trade Unions: „Trotz des Krieges und der dadurch hervorgerufenen Schwierigkeiten sind drei von den verschiedenen internationalen Berufssekretariaten neben dem Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Sekretär Legien) fleißig mit ihrer Arbeit beschäftigt. Die Bulletin der Internationalen Holzarbeiter-Union, der Internationalen Transportarbeiter-Federation und vom Internationalen Metallarbeiter-Bund erscheinen regelmäßig, sind frei vom Wankespaß und Chauvinismus und suchen nachzuweisen, daß das Herz der Internationalen nach gesund ist und häufig schlägt, im Widerspruch zu der häufigen Ankündigung ihres Hinsterbens.“

Anmerkung der Metallarbeiter-Zeitung: Wir wissen nicht, was Quail sonst noch über die deutschen Gewerkschaften geschrieben hat. Immerhin finden die angeführten beiden Sätze annehmbar ab gegen die vielen Gespinnereien kritischer Arbeiterführer. Wir wünschen nichts jehtlicher, als daß wir öfter derartiges berichten könnten.

Niederlande.

Diamantarbeiter. Der Niederländische Diamantarbeiter-Verband hat annähernd 10 000 Mitglieder. Seit zwei Jahren herrscht unter seinen Mitgliedern eine Arbeitslosigkeit, die zwischen 50 und 90 Prozent schwankt. Zur Unterhaltung der arbeitslosen Mitglieder haben der Staat und die Gemeinde Amsterdam vom 12. September 1914 bis zum 5. September 1915 1 435 000 Gulden beigesteuert, also 27 000 Gulden die Woche im Durchschnitt. Aus eigenen Mitteln beehrte der Verband bis zum Februar 1915 ungefähr 35 000 Gulden aus. Mitglieder, die wegen zu großer Jugend oder aus anderen Gründen keine finanzielle Unterstützung bekommen, erhielten vom Verband etwa 3000 Gulden. Für Amsterdam gab der Amsterdamer Unternehmerrichter außerdem noch 25 000 Gulden aus. Ferner gegen die Arbeitslosigkeit ebenfalls in die Fundamenten. Das sind im ganzen mehr als 2 Billionen Gulden für einen Verband von noch nicht 10 000 Mitgliedern.

Japan.

Bei der „neuen Arbeiterbewegung“. Jenseitens seit seinem Bestehen hat der amerikanische Gewerkschaftsbund die Arbeiter von Japan eingeladen. Brüberliche Delegierte zu jener Jahreskongress Kongress (anfangs November in St. Franzisko) zu haben. Das ist deshalb bemerkenswert, weil die amerikanische Gewerkschaftszentrale, besonders ihr leitender Teil, der Arbeiter von Japan nicht gerade freundlich gesinnt war; denn sie war vor sehr dafür, daß die Einwanderung gelber Arbeiter gesetzlich verboten und das für die Chinesen geltende Ausschlußgesetz auch auf die Japaner ausgedehnt werde. Soll mit dem Ersuchen um brüberliche Delegierte die Anwendung der Einwanderungspolitik dargelegt werden? Doch das nur nebenbei.

Mit diesem Grund mußte sich der Kundige fragen, wie wohl der Einladung genügt werde, da ja in Japan keinerlei Organisation besteht, die einer Gewerkschaft im europäischen oder amerikanischen Sinne gleicht. Zwar gibt es jetzt in der asiatischen Autokratie eine Iose Vereinigung von Leuten, von Arbeitern, wenn man will, die unter der Schirmherrschaft der Regierung sowie hochgestellter Personen steht, aber eine um die Verbesserung der Arbeiterlage kämpfende Organisation wird von der feudalen Sippe, die als Regierung wirkt, nicht geduldet.

Nun legt aber die herrschende Klasse, schon um des Staatskredits wegen, Wert darauf, daß Japan von der westlichen Welt als ein verfassungsmäßiges, freiheldliches Staatswesen angesehen wird. Aus diesem Grunde glaubt sie so etwas wie eine Arbeiterorganisation schaffen zu müssen. Von hohen Beamten und treuergebenen Leuten läßt sie bilden und leiten. Nun wünschte der amerikanische Gewerkschaftsbund für seinen Kongress Delegierte von Japan. Eine solche Einladung muß von der japanischen Regierung zweifelhaft angesehen werden; ihre Erfüllung muß für die Beschaffenheit des Staatslebens der asiatischen Autokratie vorzüglich schmerzhaft machen. Woher jedoch die gemühten Delegierten nehmen und nicht fehlen? Nun, sie wurden einfach der „neuen Arbeiterbewegung“ entnommen.

Diese seltsamen Gewerkschaftsdelegierten gingen mader an ihre Aufgabe. Schon Ende September trafen sie in Begleitung ihres Führers, namens Suzuki, in Amerika ein. Ein von der japanischen Regierung ausgeschalteter Pressevertreter: ihrre kräftig die Trommel. In Amerika weiß man aber auch, wie rüchloslos in Japan die Arbeiterbewegung verfolgt wird. Das suchten die Vertreter der „neuen Arbeiterbewegung“ mit dem Hinweis zu entschuldigen, die alte Arbeiterbewegung sei ja von Sozialisten organisiert worden. Gener Suzuki, der kein Arbeiter ist, scheint demnach für die Bildung von Arbeiterorganisationen besser geeignet zu sein.

Das Unglück wollte es, daß Genosse Katayama kurz vorher in St. Franzisko eintraf, als diese Sorte von Arbeiterdelegierten mit ihrem propagandistischen Unwesen anhub. Das ließ nichts Gutes ahnen. Die mit lauten Lamenten und vielen Jen geforderte Delegation hätte, wenn der Schimmel von Katayama aufgedeckt werden würde, unverrichteter Sache wieder heimzuschleichen müssen. Eine solche Ahnung dämmerte auch dem japanischen Konsul in St. Franzisko. Als Diplomat ließ er sich diplomatisch an. Er lud den Genossen Katayama zu sich und legte ihm nahe, die Gegend am Goldenen Tor zu verlassen und sich in den Staat Wyoming zu begeben; auch sei es vorzuziehen, wenn er über die „brüberlichen Delegierten“ kein Urteil abgebe. Ausgedehnt solle er über die Frauen- und Kinderarbeit in Japan nicht schreiben noch sprechen, und schließlich solle er den Konsul um Rat fragen, wenn er irgend eine Ansicht zu äußern beabsichtige, mindestens aber solle er sich so lange ruhig verhalten, bis die amerikanische Öffentlichkeit auf der Auffassung gekommen sei, daß er den Sozialismus aufgegeben habe.

Diese Aufforderungen, auf amerikanischen Boden gegeben, lassen das Maß von Anmaßung erkennen, das einem japanischen Beamten innewohnt; sie lassen auch die Beschaffenheit des Verhältnisses zwischen Behörde und Untertanen in Japan erraten. Genosse Katayama hat von den Mafelungen seines Konsuls keinen Gebrauch gemacht, sondern begonnen, die Amerikaner über die Herkunft der Arbeiterdelegierten aufzuklären. Von ihm erfahren wir folgendes über die Suzuki, das ist die „neue Arbeiterbewegung“ Japans. Ihr Vorherrscher ist einer der „brüberlichen Delegierten“, eben der oben genannte Suzuki. Ihren zwanzigköpfigen Vorstand bilden fünf Universitätsprofessoren, drei Fabrikbesitzer, zwei Fabrikleiter, ein Regierungsgenieur, drei Schuldirektoren, ein Graf, der zweite Bürgermeister von Osaka und dergleichen. Nicht ein einziger Arbeiter sitzt in der leitenden Körperschaft. Nach der Zusammensetzung des Vorstandes, dem übrigens noch als Matgeber ein Geheimrat, der ehemalige Leiter des Gefängniswesens und der Präsident der Staatseisenbahnen beigegeben sind, macht es beinahe überflüssig, noch zu sagen, daß die Sozialist die Interessengemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit streng vertritt. Wer in sozialistischem Genuß steht, hat keinen Zutritt. Selbst der sozialistische Professor Isono Abe, der anfänglich dem Vorstand der Sozialist angehörte, wurde aus Veranlassung der Polizei an die Luft gesetzt. Unter der Mitgliedschaft wird nach dem Sozialismus Verbächtigen gespitzt. Wer als solcher ausfindig gemacht ist, wird kurzerhand ausgeschlossen.

Dies mag zur Kennzeichnung der Sozialist genügen. Nun wird man den Eifer verstehen, womit sich die hohen Behörden Japans ihrer annehmen und auch, warum die japanischen Konsulin in Amerika so sehr um die „brüberlichen Delegierten“ besorgt sind. Man darf füglich gespannt sein, welche Rolle sie auf dem amerikanischen Gewerkschaftskongress spielen und welchen Empfang ihnen die trade-unionistischen Delegierten bereiten. F. K.

Argentinien.

(I) Gegen die Einwanderung. Wie die Gewerkschaften der Vereinigten Staaten, so wenden sich auch die Arbeiter der südamerikanischen Länder gegen die wilde Einwanderung. In Argentinien zum Beispiel wird diese nicht nur von den Unternehmern, sondern auch von der Regierung nach Kräften gefördert. Die argentinische Regierung sendet zu diesem Zwecke besondere Werber nach Europa, bezahlt einen Teil der Ueberfahrtskosten, ernährt die Einwanderer eine Zeitlang, befördert sie frei ins Innere des Landes usw. All das ist notwendig geworden, weil der Strom der Zuwanderer zu verlegen drohte, nachdem die ganz ungeheuerlich rüchständigen und vielfach barbarischen Zustände des Landes im Ausland besser bekannt wurden. Trotzdem kommen trotz großer Arbeitslosigkeit speziell aus rüchständigen Ländern noch zahlreiche Zuwanderer, die den Anfassigen eine um so größere Gefahr sind, als sie meist für die ersten Jahre nicht organisationsfähig sind. Die sozialistische Partei hat deshalb durch ihren Abgeordneten Dickmann der Kammer einen Gesetzentwurf vorlegen lassen, der jede künftliche Förderung der Einwanderung beseitigen soll. In der Begründung wird betont, die Zuwanderung dürfe nur durch gute Löhne und Verhältnisse sowie durch die wirkliche Möglichkeit, für Landwirte Land zu erhalten, angeregt werden.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen. (In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgen.)	Dienstag, 30. November: Hannover (Ausschl.) Gewerksch., 7/9.
Samstag, 20. November: Apostel. 7 Uhr. Merschleben. 7 Uhr v. Freuden, 7/9. Hofen (Hofen) Montag, 7 Uhr.	Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen u. dergl. Alle Sendungen sind zu richten an: Richard Junge, Altb. 4.
Samstag, 27. November: Augsburg. Gesellschaftsbureau 8. Wetzlar. Herzog Christian, halb 9. Hörselberg. 7/9. Wetzlar. 7/9.	Verstorbene. Zimbas i. Sa. August Klann, Schmieb, 62 Jahre, Herzschlag.
Samstag, 28. November: Gelsenkirchen. 2 Uhr. Hannover (Ausschl.) Gewerksch., 10.	

Bekanntmachung

des stellvert. Generalkommandos des 13. (R. W.) Armeekorps.
Ich verbiete während der Dauer des Kriegszustandes allen Tages- und Fachzeitungen sowie Zeitschriften die Veröffentlichung von Artikeln, Notizen und Inseraten, welche die Vermittlung „männlicher“ Arbeitskräfte für nichtwürttembergische Betriebe bezwecken. Zuwiderhandlungen werden gemäß § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1861 in Verbindung mit Artikel 68 der Reichsverfassung bestraft.
Stuttgart, den 12. November 1915.
Der stellvert. Kommandierende General v. Wachtel.